



Niederschrift

21. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. Februar 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 7 der Tagesordnung: Abstimmungsvereinbarung nach § 22 Verpackungsgesetz mit den Betreibern Dualer Systeme (BDS) ab 2027
Vorlage: 2025/1262

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

- 1. die Weiterführung einer Wertstofftonne zur gemeinsamen Erfassung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen (sNVP) unter Federführung der Betreiber Dualer Systeme (BDS) sowie die Fortführung der Beteiligung der BDS an der städtischen Papiersammlung mit Abschluss der diesbezüglichen Abstimmungsvereinbarung ab 2027 inklusive der aufgeführten Anlagen (Anlage 1) und
- 2. die Fortführung der Nebenentgeltvereinbarungen (Kostenbeteiligung an Abfallberatung und Glascontainerstellflächen) für die Jahre 2026 und 2027 (Anlage 2).

Die Verwaltung wird ermächtigt, die entsprechenden und als Anlage beigefügten Verträge abzuschließen. Redaktionelle und geringfügige Änderungen dürfen noch vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung (42 Ja)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 7 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung am 12. Februar 2026.

Erste Bürgermeisterin Lisbach: Heute haben wir wieder das Thema Verpackungsabfälle bzw. die Wertstofftonne auf der Tagesordnung. Es geht darum, jetzt eine neue Abstimmungsvereinbarung mit den Betreibern der Dualen Systeme zu beschließen. Die bisherige Vereinbarung ist bis Ende 2026 gültig. Sie wurde auch seitens der Stadt vertragsgemäß Ende letzten Jahres gekündigt, sodass wir jetzt eine neue Vereinbarung auf den Weg bringen können, die dann ab 2027 greifen wird. Wir haben bei den Verhandlungen einen

neuen Ansprechpartner, auch bei den Betreibern der Dualen Systeme, gehabt, den Grünen Punkt. Mit dem haben wir in den letzten Monaten verhandelt. Ich kann sagen, dass die Verhandlungen insgesamt in einer sehr konstruktiven Atmosphäre verlaufen sind. Unser Anliegen war dabei, unter anderem den Leistungsumfang des Vollservice präziser zu definieren, als es in der bisherigen Abstimmungsvereinbarung der Fall war, und diesen dann auch an den städtischen Standard, den wir im Mai letzten Jahres beschlossen haben, anzugleichen.

Diese Eckpunkte der neuen Vereinbarung sehen jetzt folgendermaßen aus. Es wird weiterhin eine gemischte Wertstofftonne im Karlsruher Stadtgebiet geben. Alle Wertstoffbehälter werden grundsätzlich im Vollservice geholt, die zweirädrigen dabei bis 35 Meter Entfernung vom Leerungsort und bis zehn Stufen, die zu überwinden sind, und die vierrädrigen Behälter ohne Limitierung. Ausnahmen wird es auch hier bei den Kernstadtgebieten analog der städtischen Satzung geben. Und was auch jetzt mit aufgenommen ist, explizit, ist, dass das Klingeln bei verschlossenen Türen und Hoftoren dann auch vorgeschrieben sein wird, gemäß der neuen Abstimmungsvereinbarung.

Auch finanziell ist hier ein sehr gutes Verhandlungsergebnis erzielt worden. Der städtische Anteil an den Wertstoffen lag bisher bei 36,86 Prozent oder in der bisherigen Vereinbarung. Das konnte jetzt auf 23,16 Prozent heruntergehandelt werden. Zusammen mit dem Vollservice, der ein Wunsch der Stadt ist, wird dieser Anteil dann auf 38,53 Prozent festgelegt werden, also auch hier insgesamt ein sehr gutes Ergebnis. Die Entsorgungskosten oder der städtische Anteil, der fällt dann prozentual deutlich geringer aus für die Stadt als bisher. Was das aber genau in absoluten Zahlen bedeutet, das hängt dann natürlich auch wieder vom Ausschreibungsergebnis ab. Das alles wird dann von BDS wieder ausgeschrieben, und die absoluten Preise, die kennen wir dann natürlich noch nicht. In Summe rechnen wir aber, trotz der allgemeinen Kostensteigerung, die es in allen Bereichen gibt und jetzt trotz der Verbesserung, die wir auch beim Vollservice erreicht haben gegenüber der heutigen Situation, mit einer Entlastung von Gebühren und vor allem auch vom Steuerhaushalt.

Ich will noch darauf hinweisen, dass mit diesem Verfahren ein rechtliches Risiko einhergeht. Es ist nämlich so, dass der Vollservice im Verpackungsgesetz nicht klar geregelt ist. Wir gehen aber davon aus und haben uns auch externe rechtliche Expertise eingeholt, dass wir jetzt mit dem Grünen Punkt zusammen einen guten Lösungsweg gefunden haben. Trotzdem wegen dieser sehr komplexen Rechtslage, Verpackungsgesetz und unserer Vergabeverordnung sind letzte Unwägbarkeiten nicht gänzlich ausgeschlossen. Aber dieses Risiko - das haben wir auch im Ausschuss intensiv beraten - müssen wir eingehen, wenn wir den Vollservice im beschriebenen Umfang haben wollen, und da waren wir uns hier im Haus, denke ich, auch alle einig, dass wir das so haben wollen.

Zusammenfassend will ich sagen, wir haben wirklich ein sehr zufriedenstellendes Verhandlungsergebnis mit dem Grünen Punkt erreicht. Ich danke herzlich dem TSK und allen Beteiligten für diesen sehr konstruktiven Verhandlungsprozess. Wir haben das Thema auch im Betriebsausschuss mehrmals umfangreich vorberaten, auch hier vielen Dank für diese sehr konstruktive Diskussion. Damit diese Abstimmungsvereinbarung jetzt wie geplant zustande kommt, brauchen wir Ihre Zustimmung hier im Gemeinderat. Dann müssen die Betreiber der Dualen Systeme noch die Zustimmung der anderen Systempartner einholen, und wenn dann diese Abstimmungsvereinbarung abgeschlossen ist, unterzeichnet ist, dann können

die Betreiber der Dualen Systeme in die nächste Ausschreibung starten, sodass dann die Vergabe rechtzeitig zum 01.01.2027 stattfinden kann. Und in diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Liebe Frau Erste Bürgermeisterin, Sie haben das gerade schon gesagt, das waren wirklich komplizierte Verhandlungen, und dieses, was wir jetzt hier haben, das Ergebnis ist auch kompliziert geworden, vor allem wegen den Wünschen, die wir hier im Gemeinderat hatten, weil wir von Anfang an gesagt haben, dass wir gerne die Wertstofftonne beibehalten wollen und dass wir auch diesen Sonderweg mit dem Volls-service in Karlsruhe beibehalten wollen. Die Verhandlungen haben Sie jetzt aus unserer Sicht sehr erfolgreich zum Abschluss gebracht.

Ich will vor allem noch einmal die Chancen aus unserer Sicht betonen, zuerst dass wir eine Angleichung kriegen zwischen den verschiedenen Müllfraktionen, die hier in Karlsruhe gesammelt werden. Das ist wahnsinnig kompliziert im Moment, was passiert mit der Bio-tonne, was passiert mit der Wertstofftonne, sodass wir da eine Angleichung erreichen konnten. Der Volls-service wird beibehalten, so wie wir uns das als Gremium hier gewünscht haben, und auch die Wertstofftonne wird beibehalten. Wir sehen zu guter Letzt auch noch eine Entlastung. Sowohl für den städtischen Haushalt als auch bei den Gebühren wird möglicherweise eine Entlastung möglich sein. Aber Sie haben es auch gesagt, am Ende bleibt ein Restrisiko, und das liegt aber vor allem an den Wünschen dieses Gremiums. Deswegen müssen wir diesen Weg aus unserer Sicht auch weitergehen, und wir werden dieses Restrisiko in Kauf nehmen.

Ich bin an der Stelle sehr froh über die Transparenz, mit der Sie auch in diese Verhandlungen gegangen sind. Wir haben das, ich weiß nicht wie oft im Ausschuss vorberaten, sind da sehr früh beteiligt worden, hatten die Möglichkeit, das intensiv zu beraten und alle Fragen zu stellen. Und ich habe auch in der Vorberatung eine große Einigkeit wahrgenommen, dass wir bereit sind, auch dieses Restrisiko in Kauf zu nehmen. Ich will mich auch anschließen bei dem Dank an das TSK, besonders an Frau Schönhaar und Herrn Harz, dass sie diese schwierigen Verhandlungen unter auch wirklich schwierigen Bedingungen so erfolgreich geführt haben. Danke auch an das Dezernat für die große Transparenz, und wir stimmen heute zu.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Wir können uns alle noch an das Wertstoffchaos im Frühjahr 2024 erinnern. Plötzlich standen damals Themen im Raum, die Jahrzehnte in Karlsruhe selbstverständlich waren. Es kamen Fragen auf, mit denen sich bis dahin viel zu lange niemand beschäftigt hatte, muss geklingelt werden zum Beispiel, wo ist eigentlich genau der Halteplatz von dem Müllfahrzeug, und wie ist eben der Volls-service in unserer Satzung überhaupt definiert. Nach und nach wurde damals immer deutlicher, da liegt so einiges im Argen. Mit dem Beschluss der neuen Abfallentsorgungssatzung haben wir im Mai letzten Jahres hier im Gemeinderat diese Punkte, die aufgekommen sind, für die drei städtischen Müllfraktionen sehr klar geregelt. Diese neue Abfallentsorgungssatzung war damals klar mit dem politischen Ziel verbunden, dass wir eine Einheitlichkeit herstellen und dass diese neuen Standards auch für die Wertstofftonne gelten. Das hatte auch für uns als CDU-Fraktion immer oberste Priorität.

Dass dem TSK und dem Dezernat bei den Verhandlungen mit den Dualen Systemen jetzt gelungen ist, dass dieser Volls-service mit drinsteht, ist ein großer Erfolg und sehr wichtig.

Darüber hinaus beinhaltet die neue Abstimmungsvereinbarung, wie von der Ersten Bürgermeisterin auch schon ausgeführt, viele weitere positive Aspekte, Verbesserungen beim Verhältnis von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen und der Festlegung des Sammelanteils an der Wertstofftonne, Verbesserungen bei der Beteiligung der Betreiber Dualer Systeme an der städtischen Papiersammlung und auch Verbesserungen beim Umgang mit Minderleistungen. Deshalb sagen wir als CDU-Fraktion heute erstens auch vielen Dank an das TSK für die sicherlich nicht einfachen, aber am Ende sehr erfolgreichen Verhandlungen und Ja zur vorliegenden Abstimmungsvereinbarung.

Ein Hinweis ist mir am Ende vor allem Richtung Öffentlichkeit auch noch wichtig. Dass die Sammlung der Wertstoffe durch ein externes Unternehmen erfolgt, ist kein Wunsch aus diesem Gremium oder von der Verwaltung, sondern es ist schlichtweg eine Verpflichtung aus dem Bundesverpackungsgesetz. Beim Übergang der Wertstoffsammlung vom TSK an KNETTENBRECH + GURDULIC ist damals einiges schiefgegangen, und es sind viele Fehler gemacht worden. Es gibt keine Garantie, dass mit der neuen Abstimmungsvereinbarung es nicht auch wieder Komplikationen oder Probleme geben kann, seien die rechtlicher Art oder auch tatsächlicher Art, wenn sich das Unternehmen ändert. Aber eins ist anders als damals, aus den Fehlern der Vergangenheit wurde gelernt. Mit dieser Abstimmungsvereinbarung haben wir aus kommunaler Sicht alles getan, was wir als Stadt tun können, um einen guten und einheitlichen Service für die Bürger anzubieten.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Vonseiten der SPD-Fraktion möchte ich zunächst einmal mit dem Dank beginnen, das Positive vorwegstellen. Es ist der Dank an das TSK, an Frau Schönhaar und Herrn Harz, aber letztendlich auch an das zuständige Dezernat, dass die Gespräche gesucht wurden und letztendlich eine, zumindest was die Wünsche des Hauses angehen, stimmige Abstimmungsvereinbarung auf dem Tisch liegt, die viele Stärken hat, das wurde von den Vorrednern, Vorrednerinnen auch schon betont, aber bei denen es am Ende des Tages auch Risiken gibt. Und diese Risiken sollten uns allen bewusst sein. Es wurde auch gegenüber der Öffentlichkeit jetzt schon formuliert, dass es diese Risiken gibt, weil es verschiedene gesetzliche Grundlagen gibt, die letztendlich zu beachten sind. Am Ende des Tages werden wir wissen, was wir haben. Wir haben einen Dienstleister mit im Boot, und ob dieser Dienstleister auch am Ende des Tages das macht, was wir uns wünschen, das wird die Zukunft zeigen müssen, aber für das Hier und Jetzt ist es in unserer Wahrnehmung das Beste, was wir kriegen können.

Ein Mehr ist, glaube ich, zum jetzigen Stand auch nicht zu haben, und mit dem Restrisiko, so ist Leben, müssen wir einen Umgang finden, alles in der Hoffnung, dass es eben nicht so kommt, wie es in der Vergangenheit war. Aber zum jetzigen Zeitpunkt sollten wir, sagen wir einmal, vorsichtig, optimistisch sein, und das sind wir als Sozialdemokraten, Sozialdemokratinnen, und wir warten letztendlich ab, was kommen mag. Und in diesem Sinne freuen wir uns, in Anführungszeichen, auf diese Vereinbarung.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Mir war es nur wichtig zu sagen, welchen Stimmungsumschwung wir hatten. Wir hatten eine Zeit hinter uns, wo es richtig Stress gab. Wir haben wirklich so viel Müll optisch, akustisch gekriegt von der Stadtbevölkerung, auch untereinander, dass wir sagen, das ist jetzt ein richtiger Kulturwandel. Also ich bin richtig froh, und ich habe die Vorlage wahrscheinlich so gut gelesen wie noch nie zuvor andere Vorlagen, weil das wollen wir um jeden Preis verhindern, dass es noch einmal passiert, was uns in der Vergangenheit passiert ist. Ich bin wirklich zuversichtlich, das wird klappen. Dies ist

so seriös abgelaufen, alles so strukturiert und so gut überlegt, dass ich überhaupt gar keine Sorgen habe, dass es schiefgehen könnte. Also wir stehen, das sage ich jetzt einfach einmal so fast prophetisch, wir stehen vor einer guten Müllzeit. Es wird klappen, es wird funktionieren, das Restrisiko ist so gering, dass wir davon ausgehen können, es wird funktionieren. Ich danke vielmals für die tolle Arbeit.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Es wurde schon angesprochen, Mitte 2024 waren wir auf dem Hochpunkt, ja Chaos, der Schwierigkeiten. Mit der Wertstofftonne kam ich als Neuling in den Betriebsausschuss. Ich habe auch am Anfang nicht mit Kritik gespart. Das System aber, mit dem wir hier uns auch auseinanderzusetzen haben, diese Dreierkonstellation, die ist natürlich hochkomplex. Und die Karlsruher Eigenheiten wie der Vollservice macht es natürlich nicht einfacher. Es hat sich aber dann gezeigt, seit Mitte 2024, dass unsere Verwaltung wirklich ein sehr gut lernendes System ist. Manchmal muss man sagen, vielleicht trägt auch dazu bei, dass neue Besen gut kehren - Herr Harz, nehmen Sie das als persönliches Kompliment -, und dann aber auch zusammen mit der Erfahrung des ganzen TSK und dem Input und der Lernfähigkeit auch der einzelnen Fraktionen es dazu dann gekommen ist, dass diese neue Abstimmungsvereinbarung formuliert wurde, mehrfach im Ausschuss diskutiert wurde und dann praktisch auch sehr gut aufgenommen worden ist.

Es wurde schon viel über Risiken gesprochen. Ich würde es eher halten wie Kollege Kalmbach, jetzt lassen Sie uns doch die Chancen sehen. Wir sind der Meinung, die vorliegende Vereinbarung, die ist gut geworden. Sie ist gut für die Bürger, denn sie bekommen in den allermeisten Fällen den bestmöglichen Kundenservice. Sie ist gut für die Verwaltung und auch für die Dienstleister, denn jetzt haben wir klare Bedingungen. Ich wäre auch nicht auf die Idee gekommen, dass das Thema Klingeln einmal schriftlich festgehalten werden muss. Vielleicht ist es auch noch gut für die Stadtkasse, denn es werden doch auch ein bisschen Einsparungen in Aussicht gestellt. Jetzt würde ich sagen, wir blicken optimistisch nach vorn, und meine Fraktion stimmt daher zu.

Der Vorsitzende: So, damit kommen wir jetzt zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist einstimmige Zustimmung, vielen Dank. Hoffen wir einmal, dass wir all das auch dann bei den entsprechenden Angeboten so vorliegen bekommen und Herr Kalmbach, dass Müll den Propheten glücklich macht. Das hatten wir, glaube ich, noch nicht hier.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
12. März 2026